

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizera per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach / Tel. 031/ 382 10 10 / Fax 031/ 382 10 16
www.sab.ch info@sab.ch Postkonto 50-6480-3



Bern, 19. Januar 2018

SAB-Medienmitteilung Nr. 1145

Berggebiete sagen Nein zu „No-Billag“

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB lehnt die Volksinitiative „No-Billag“ entschieden ab. Gerade in den Berggebieten würde die Medienvielfalt bei einer Annahme der Initiative massiv abnehmen. Die SRG könnte in der heutigen Form nicht mehr weiter bestehen und die meisten der 34 regionalen Radio- und Fernsehsender müssten ihren Betrieb endgültig einstellen. Dadurch würden auch zahlreiche Arbeitsplätze in den Berggebieten verloren gehen.

Am 4. März 2018 kommt die Volksinitiative „No Billag“ zur Abstimmung. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB empfiehlt für diese Abstimmung ein klares Nein.

No Billag gefährdet 34 regionale Radio- und Fernsehsender

Bei einer Annahme der Initiative könnten die meisten der 34 regionalen Radio- und Fernsehsender nicht mehr weiter bestehen und müssten Ende 2018 den Betrieb einstellen. Diese Sender hängen existentiell von Einnahmen aus den Empfangsgebühren ab. Die Einnahmen machen für sie rund einen bis zwei Drittel der Einnahmen aus. Gerade in den Berggebieten könnte ein Wegfall dieser Einnahmen nicht durch Werbeeinnahmen kompensiert werden. Der regionale Service Public, den die 34 regionalen Sender heute bereitstellen, würde somit wegfallen. Diese Sender berichten über das gesellschaftliche, politische, kulturelle und sportliche Geschehen in den jeweiligen Regionen und sind damit eine wichtige Informationsquelle für die Einheimischen und die Touristen. Dieser regionale Service public hat sich auch in Krisensituationen wie bei Hochwasserereignissen oder Lawenniedergängen bewährt. Die regionalen Sender kennen die Verhältnisse vor Ort und können sachlich und laufend berichten.

Kein „Grounding“ der SRG!

Bei einer Annahme der Initiative müsste die SRG aufgelöst werden. Das wäre vergleichbar mit dem Grounding der damaligen Swissair. Die SRG hat heute einen klaren nationalen Service public Auftrag. Sie berichtet über das Geschehen in allen Landesgegenden. Sie berichtet über

Sportanlässe wie Skirennen und Schwingerfeste. Sie berichtet über das kulturelle Leben in den Regionen wie z.B. in einer mehrtägigen Live-Sendung über das eidgenössische Jodlerfest. Sie bietet einheimischen Künstlern eine Plattform. So können auch Künstler aus dem Berggebiet eine nationale Bekanntheit erlangen. Sie stellt Bildungsinhalte und Hintergrundinformationen zur Verfügung wie beispielsweise die Dok-Sendungen über den Gotthard aus Anlass zur Eröffnung des neuen Basistunnels. Nicht zu vergessen auch die Leistungen der SRG für Personen mit Sinnesbehinderungen. Bei einer Annahme der No-Billag-Initiative würde dieser Service public Auftrag wegfallen. Der geltende Absatz 2 von Artikel 93 der Bundesverfassung soll laut Initiativtext ersatzlos gestrichen werden. Ein rein marktwirtschaftliches Unternehmen würde diesen umfassenden Service public nie wahrnehmen. Das ist auch mit ein Grund, warum fast alle europäischen Staaten einen entsprechenden Service public Auftrag und ein Gebührensystem kennen.

No Billag schadet der Wirtschaft

Bei einer Annahme der Initiative würden gesamtschweizerisch rund 13'500 Arbeitsplätze verschwinden. In Berggebietskantonen wie Graubünden und Wallis sind es je rund 250 Arbeitsplätze, die verloren gehen. Im Tessin wären es alleine bei der RSI 1'155 Personen, welche ihre Stelle verlieren. Die Medienunternehmen sind zudem wichtige Auftraggeber für die lokale Wirtschaft. Für die Unternehmen sind sie zudem eine wichtige Informationsquelle über das Geschehen in den Regionen. Drei Viertel aller Unternehmen müssen keine Empfangsgebühren bezahlen. Dabei handelt es sich um kleinere und mittlere Unternehmen KMU mit einem Jahresumsatz von unter 500'000 Fr. Gerade in den Berggebieten gibt es vor allem solche KMU's. Und für grössere Betriebe stellt die Empfangsgebühr keine Belastung dar. Zudem hat das Stimmvolk bereits mit der Abstimmung zum Radio- und Fernsehgesetz Ja gesagt zur Umstellung des Gebührensystems auf die geräteunabhängige Empfangsgebühr. Es ist deshalb nicht verständlich, weshalb dieses Argument seitens einiger Wirtschaftsverbände nun wieder herbeigezogen wird.

Ein „Plan B“, der keiner ist

Der Schweizerische Gewerbeverband präsentierte zu Jahresbeginn einen „Plan B“ für den Fall, dass die Initiative angenommen würde. Dieser „Plan B“ ist völlig unglaubwürdig. So behauptet der Gewerbeverband, die Leistungen der SRG könnten in Zukunft über neue Bundes- und Kantonssubventionen, über mehr Werbeeinnahmen und über Pay-TV-Angebote finanziert werden. Doch dieser „Plan B“ geht nicht auf. Dass ausgerechnet der Gewerbeverband, der immer den Abbau von Subventionen fordert, neue Subventionen vorschlägt, ist schlicht unglaubwürdig. Zudem haben die Kantone gar keine Kompetenz im Medienbereich, und das würde auch bei einer Annahme der Initiative so bleiben. Zusätzliche Werbeeinnahmen sind gerade in den Bergregionen unmöglich zu geniessen. Und mit Pay-TV-Angeboten würde der Medienkonsum letztlich deutlich teurer als heute mit den Empfangsgebühren. Bei UPC Cablecom kostet ein Grundanschluss rund 800 Fr. Für den Sportkanal kommen dann noch rund 300 Fr. dazu. Mit rund 1'100 Fr. ist nur schon dieses Spartenangebot somit fast dreimal teurer als es heute über die Empfangsgebühren bei der SRG ist. Leidtragende einer Annahme der Initiative wären letztlich die Konsumentinnen und Konsumenten. Sie hätten viel weniger sachliche Informationsangebote zur Auswahl und müssten für Angebote wie Sport und Unterhaltung über PayTV wesentlich mehr bezahlen als heute.

Berggebiete besonders betroffen

Im Bereich der Printmedien läuft in der Schweiz bereits ein starker Konzentrationsprozess. Bei einer Annahme der No-Billag-Initiative würde auch im Bereich der elektronischen Medien ein massiver Abbau gerade in den Berggebieten stattfinden. Die Berggebiete sind deshalb von der Initiative besonders betroffen. Die SAB lehnt darum die No-Billag-Initiative entschieden ab. Die SAB setzt sich zudem auch für die Aufrechterhaltung der Medienvielfalt bei den Printmedien ein und kämpft seit vielen Jahren für die Fortführung der indirekten Presseförderung.

Für Rückfragen:

- Christine Bulliard-Marbach, Präsidentin der SAB und Nationalrätin, Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Direktor der SAB und Nationalrat, Tel. 031 382 10 10